



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

### Rede zum Einzelplan 11 (Arbeit) des Haushalts 2019

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen  
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29.11.2018

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Arbeit ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Die NRW-Koalition aus FDP und CDU will möglichst vielen Menschen in unserem Land diese Teilhabe ermöglichen. So haben wir die Landesförderung bei den ESF-Programmen neu ausgerichtet, um Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen über die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze den Weg in eine Ausbildung und damit in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Opposition führt hier aber nur die Debatten von gestern über die Frage Produktionsschule oder Werkstattjahr.

Die Integration von geflüchteten Menschen in Ausbildung und Arbeit ist zentraler Bestandteil unserer Arbeitsmarktpolitik. In Nordrhein-Westfalen haben im letzten Jahr fast 5.000 junge Flüchtlinge eine Ausbildung angefangen. Dies ist zwar ein guter Anfang – wir brauchen aber weitere Anstrengungen.

So werden wir im Haushalt 50 Millionen Euro für die Qualifizierung junger Geflüchteter und damit für den Übergang in eine Ausbildung und eine bessere Integration in Arbeit zur Verfügung stellen. Mit gezielten Angeboten wollen wir Sprachkenntnisse, Grundlagen der schulischen Bildung sowie soziale Kompetenzen und Arbeitstechniken vermitteln. Wir wollen damit geflüchtete Jugendliche in die Lage versetzen, eine Berufsschule erfolgreich absolvieren zu können. Wir werden so Integrationspolitik und Arbeitsmarktpolitik sinnvoll verknüpfen.

Die Feststellung der beruflichen Qualifikation durch die Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland ist eine entscheidende Frage für die Integration in unseren Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass Menschen ihre Potentiale nutzen können. Deshalb wollen wir möglichst schnelle und unbürokratische Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erreichen.

Um schnell und effizient Fähigkeiten, Qualifikationen und Abschlüsse bewerten zu können, müssen die zuständigen Stellen gut ausgestattet sein. In diesem Zusammenhang fehlt es bislang an einer Datenbank, in der die Inhalte ausländischer Berufsabschlüsse im Vergleich zu deutschen Berufsbildern erfasst werden. Wir stellen deshalb 300.000 Euro bereit. Damit können wir den Aufbau einer solchen Datenbank befördern und so auch eine einheitlichere und schnellere Bearbeitungspraxis erreichen.

Die Opposition hat die Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung angesprochen. Leider lässt uns der Bund nur wenig Spielraum bei der Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen. Unser Land hat zwar mit seinen Modellprojekten neue Impulse gegeben. Diese Ansätze finden sich jedoch nur sehr eingeschränkt im Teilhabechancengesetz wieder.

So wird dessen Ausgestaltung mit seiner Orientierung an Tariflöhnen eine an betrieblicher Realität orientierte Förderung von Beschäftigung zusammen mit Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes eher erschweren. Da hätten wir uns andere Ergebnisse gewünscht. Es wäre jedoch wenig effizient, ein eigenes Landesprogramm abweichend von den neuen Förderinstrumenten des Bundes aus unseren Haushaltsmitteln zu finanzieren. Vielmehr sollten wir versuchen, Erfahrungen und gute Ansätze aus den Modellprojekten in die neue Förderung zu überführen.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss und mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales möchte ich mich bei allen bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!